

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 17, 23. August 2001

Einblicke

Was hilft

Von Klaus-Henning Rosen

Die neuesten von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegten Statistiken belegen: Es gibt keinen Grund zur Beruhigung, rechtsextreme Straftaten nehmen weiter zu, der Rechtsextremismus bleibt bedrohlich. Ein Fünftel von 600 Anrufern aus der rechtsextremen Szene, die sich bisher beim Verfassungsschutz meldeten, zeigte ernsthafte Bereitschaft zum Ausstieg – auch das ist kein Anlass für Optimismus.

Bedenklich ist auch die ungebremsste Verbreitung von Nazi-Parolen im Internet. Deshalb ist es richtig, wenn die Bundesregierung die Bekämpfung des Rechtsextremismus als bleibenden Schwerpunkt einstuft. Und es ist erfreulich, wenn die vielfältigen Projekte gegen Rechtsextremismus auch im kommenden Haushaltsjahr gefördert werden.

Politik muss aber Erfolge vorweisen können. Das setzt Bereitschaft zu kritischer Einschätzung dessen voraus, was wir fördern. Mundvolle Appelle, Aufrufe, Publikationen, die den Eindruck des blinden Aktionismus und letztlich nur das Gefühl vermitteln, auf der richtigen Seite zu stehen, Gutes getan zu haben, sollten tabu sein. Am ehesten haben solche Programme Erfolg, die die Konfrontation nicht scheuen.

Hervorzuheben ist das zunehmende Engagement in manchen Unternehmen, die es sich nicht gefallen lassen, dass braune Schafe unter ihren Mitarbeitern den Ruf zerstören. Aufhören ließ deshalb ein Urteil des Berliner Arbeitsgerichts. Es rechtfertigte die fristlose Kündigung eines Mitarbeiters der Berliner S-Bahn, der einen Kunden als „Judensau“ beschimpft hatte. Dennoch sind es wenige Betriebe, die ihren Beschäftigten vorschreiben, sich von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fern zu halten. Vielfach beginnt Gegenwehr im Betrieb mit dem klärenden Gespräch, wenn ein Mitarbeiter durch rechte Parolen aufgefallen ist. Nicht feige zurückzuweichen oder sich auf unverbindliche Deklamationen beschränken, sondern die Konfrontation bewusst zu suchen, ist im Zweifelsfall der richtige Weg. Das freilich verlangt Mut – und der sollte Demokraten auszeichnen.

Ressourcen schwinden

Das Verbotsverfahren belastet Kapazitäten und Finanzen der NPD – und damit auch die Mobilisierungsfähigkeit.

Seite 2 ■

Honorige Kandidaten

Eine NPD-nahe Wählervereinigung tritt bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen an.

Seite 4 ■

Erfolg für die Szene

Acht Jahre nach Fulda ist es den deutschen Neonazis wieder gelungen, einen Gedenkmarsh für den Führer-Stellvertreter Rudolf Heß aufzuziehen.

Seite 5 ■

Mit 17 an die Ostfront

Bittere Erinnerungen eines Soldaten an den Zweiten Weltkrieg, der am 1. September 1939 begann.

Seite 8 ■

Dem NS-Terror trotzen

Künstlerin machte noch im Konzentrationslager anderen Häftlingen Mut.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Nachlassende Kräfte**

Der NPD bröckeln frühere Hochburgen ab. Um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, entfaltet sie gerade dort öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.

Immer größere Schwierigkeiten hat die NPD, innerhalb der eigenen Szene die reklamierte Rolle als „revolutionäre Avantgarde“ einigermaßen glaubhaft zu vertreten. Der Konkurrenzdruck durch die Freien Nationalisten wächst, zugleich hat die Partei wachsende Probleme, vollmundig angekündigte Veranstaltungen im gewünschten Rahmen durchführen zu können. Zugleich werden zentrale Aufmärsche entweder zurückgezogen oder stoßen auf Gegenwehr aus der Bevölkerung und durch die Kommunen.

Ein Musterbeispiel für das strategische Dilemma der NPD, einerseits im laufenden Verfahren keine weiteren Verbotsgünde liefern zu wollen, andererseits der eigenen Klientel die notwendigen Aktivitäten bieten zu müssen, ist das ursprünglich für den 25. August geplante Pressefest des Deutsche Stimme-Verlags. Während die Vorbereitungen unter den üblichen konspirativen Umständen liefen, befand sich die Parteiführung auf einer verzweifelten Suche. Innerhalb Sachsens erwies es sich als unmöglich, eine Halle mit dem gewünschten Fassungsvermögen von mindestens 1000 Personen zu erhalten. Sowohl im Raum Riesa, wo die „Deutsche Stimme“ ansässig ist, als auch im Erzgebirge wurden Anträge abschlägig beschieden.

Erfolgreicher verlief die Suche im westsächsischen Muldentalkreis. Dort verfügt die NPD nicht nur über einige lokale Schwerpunkte und eine entsprechende Basis, sondern weiß aus Erfahrung auch, dass der Widerstand durch Behörden und Bevölkerung eher mangelhaft entwickelt ist. So erlebte die hochrangige NPD-Delegation mit dem stellvertretenden Parteichef und Verlagsgeschäftsführer Holger Apfel, dem Parteivorstandsmitglied Jens Pühse und dem Landesvorsitzenden Winfried Petzold in der Kreisstadt Grimma nicht etwa die zu erwartende schroffe Absage, sondern Bürgermeister Matthias Berger bot umgehend ohne Not mit dem 8. September einen Ersatztermin auf einem Platz mitten im Ort an. Nur einen Tag später akzeptierte die NPD den Ausweichtermin. Ein deut-

liches Zeichen dafür, dass man sich tatsächlich verzweifelt auf der Suche befunden hatte.

Fünf Bands und elf Redner, darunter auch der italienische Terrorist Roberto Fiore, sollen dazu beitragen, die dahinschmelzenden Reihen zusammenzuhalten und die dringend zur Aufrechterhaltung der Geschäfte benötigten Gelder in die Kassen zu bringen. Eine Absage hätte katastrophale Folgen für die NPD haben können; das Entgegenkommen des Bürgermeisters ersparte ihr dies. Es ist bezeichnend für die inhaltliche Ausrichtung der NPD, dass mit Peter Naumann ein früherer Terrorist zu den Hauptrednern gehört. Der Österreicher Herbert Schweiger, langjähriger Berater der NPD und ehemaliger SS-Angehöriger, ist ebenfalls einschlägig bekannt. Er wurde mehrfach wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt.

Eigentlich hätte Schweiger bereits am 1. September bei einer Demonstration der NPD in Weimar reden sollen, doch machte dort die Partei einen Rückzieher, den sie mit der Vermeidung von „unnötigem Kräfteverschleiß“ und einer angestrebten „Kräftebündelung“ schönzureden versuchte. Tatsächlicher Grund dürfte die von NPD-Pressesprecher Ralf Wohlleben eingeräumte „ungeheure Wucht der Gegenkräfte in Weimar“ sein. In der thüringischen Stadt hatte sich, wie bereits in der Vergangenheit, ein breites Bündnis unter dem Motto „Weimar zeigt sich – Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“ gebildet. Gleichzeitig wird vollmundig von der NPD „nationale Präsenz (sic !) in der deutschen Kulturstadt Weimar“ angedroht.

Es scheint sich um eine Mischung aus ohnmächtiger Wut und dem stillschweigenden Eingeständnis zu handeln, dass eine zum gleichen Termin für Leipzig angemeldete Demonstration der Freien Nationalisten wohl wesentlich stärkeren Zulauf erfahren würde. Der Verzicht der NPD in Weimar scheint Teil eines informellen Abkommens zwischen der NPD und den neonazistischen Kräften um Christian Worch zu sein. Die NPD verzichtet auf Konfrontation mit den Kameradschaften und erhält dafür im Gegenzug deren Unterstützung im Berliner Wahlkampf. Dabei soll besonders das Datum des 3. Oktober besetzt werden, an dem die NPD „zusammen mit dem 'Bündnis Rechts' und freien Gruppen“ in Berlin zeigen will, „dass Deutschland größer ist als die Bundesrepublik“.

Die NPD hat ihre frühere Mobilisierungsfähigkeit so weit eingebüßt, dass sie kaum noch in der La-

ge ist, mehrere zentrale Aktionen gleichzeitig zu bewältigen. Von den Wahlen in Berlin erhofft man sich Achtungserfolge besonders in den östlichen Stadtbezirken, in denen die NPD beim letzten Urnengang deutlich stärker abgeschnitten hatte als im Westteil der Hauptstadt. Zugleich will die NPD den desolaten Zustand der Republikaner nutzen, um sich auch in diesem Teil Ostdeutschlands als stärkste Kraft der extremen Rechten zu etablieren. Die Freien Nationalisten haben bereits im Juli ihre Unterstützung im Wahlkampf angesagt.

Das gespannte Verhältnis zwischen den beiden Strömungen scheint sich also – der Not gehorchend – allmählich wieder zu normalisieren. Besonders für Holger Apfel ist dies eine deutliche Niederlage. Im Dezember hatte er sich noch im Parteivorstand knapp mit der Forderung durchsetzen können, einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der „Revolutionären Plattform“ als innerparteilicher Vertretung der Kameradschaften auszusprechen. Davon ist heute nicht mehr die Rede. Auch in Schleswig-Holstein, wo diese Fraktion faktisch die NPD übernommen hat, erfolgen Gegenmaßnahmen der Führung eher zögerlich und lediglich gegen Einzelpersonen. Mit „klammheimlicher Freude“ wird man im NPD-Vorstand zur Kenntnis genommen haben, dass die von diesen Kräften praktizierte Strategie der Stärke offenkundig gescheitert ist. So hatte ein Verbotsantrag des Landkreises Pinneberg für die Stadt Elmshorn bis vor das Bundesverfassungsgericht Bestand.

■ Kooperation statt Konfrontation mit den Neonazis ■

Auch in Greifswald, wo mit Hans-Günter Eisenecker ein erklärter Gegner der Freien Nationalisten den Landesvorsitz innehat, ist die Kooperation längst an die Stelle der Konfrontation getreten. Bereits im Dezember hatte Eisenecker, um die Kräfteverhältnisse in seinem Landesverband wissend, einen vorsichtigen Rückzieher gemacht. Bei der ebenfalls für den 1. September geplanten Demonstration der NPD in Greifswald will er jetzt Seite an Seite mit dem Stralsunder Neonazi Axel Möller als Redner auftreten. Auch in diesem Fall hat die Stadt juristische Maßnahmen ergriffen und sich der Hilfe eines Rechtsprofessors versichert. Wie in Leipzig wird dabei mit der besonderen Symbolkraft des Datums argumentiert, der dem 1. September als Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen innewohnt.

Die Verbote aus jüngerer Zeit zeigen, dass besonders dort Erfolge erzielt werden können, wo inhaltlich argumentiert wird und zugleich Widerstand in der Bevölkerung entwickelt wurde. Da das Verbotungsverfahren Kapazitäten und Finanzen der NPD derart belastet, dass nicht mehr wie in der Vergangenheit langfristig um Einflussnahme in bestimmten Städten gerungen werden kann, wird die NPD verstärkt auf jene Kommunen für ihre Aktionen zurückgreifen, die bisher Aufmärsche und Veranstaltungen der extremen Rechten widerstandslos hingenommen haben. Die erwähnte Kreisstadt Grimma ist ein Musterbeispiel für diesen Vorgang. Noch mehr Tage nach der positiven Entscheidung für das NPD-Pressefest hielt die Stadtverwaltung den Vorgang faktisch geheim. Eine Information der Öffentlichkeit erfolgte nicht. Auf Nachfrage wurde dem „blick nach rechts“ mitgeteilt, man wolle zunächst Beratungen mit der Kreisverwaltung abwarten. Nur befinden sich sowohl der Landrat als auch sein Stellvertreter im Jahresurlaub und die nächststrangigen Beamten erklären, sie seien nicht entscheidungsbefugt.

Es drängt sich also geradezu der Eindruck auf, der Bürgermeister sei aus Angst vor negativer Öffentlichkeit gelähmt. Die NPD wird dies als Einladung auffassen. Bereits heute steht fest, dass sie am 10. November, in direkter zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Reichspogromnacht, erneut in Grimma aufmarschieren will. Geplant sind Fackelmarsch, Kundgebung und abschließendes Feuerwerk unter dem Motto „Zwölf Jahre Fall der Mauer – Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Es sind fast schon verzweifelte Gesten der NPD, wenn sie heute versucht, wenigstens noch die symbolträchtigen Daten zu besetzen, um Handlungsfähigkeit nachzuweisen. Ihre realen Möglichkeiten nehmen ab, während gleichzeitig die eigene Anhängerschaft und Zielgruppe auf Aktionen drängen. Gerade dort, wo bisherige Hochburgen abzubrockeln beginnen, wird deshalb künftig ein Schwerpunkt öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten liegen. Auch dies trifft auf den Muldentalkreis zu. Hier hatte der Landesvorsitzende Petzold bei den Bürgermeisterwahlen in Trebsen im Juni das schlechteste Ergebnis der NPD in Sachsen eingefahren, obwohl die Partei dort im Stadtrat vertreten ist. Der sächsische NPD-Landesverband befindet sich im deutlichen Abschwung. Die NPD aber kann es sich nicht leisten, dem Niedergang ihres stärksten Landesverbandes tatenlos zuzuschauen.

Jean Cremet

Aktivitäten**Breite Akzeptanz**

Eine NPD-nahe Wählergemeinschaft kann sich bei der niedersächsischen Kommunalwahl gute Chancen ausrechnen.

Peter Brinkmann hat sein Mandat sicher. Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 1996 reichten ihm 1,7 Prozent der Stimmen, um als Abgeordneter in den Kreistag von Stade bei Hamburg zu ziehen. Auch bei den aktuellen Wahlen am 9. September kann er mit ausreichend Unterstützung rechnen aus dem Wahlbereich, in dem er auf Listenplatz eins steht. In den Dörfern der Samtgemeinde Harsefeld hat die „Wählergemeinschaft Bündnis Rechts“ einen treuen Wählerstamm; elf ihrer 16 Kandidaten leben selbst dort. Und obwohl Brinkmann sich bei Gelegenheit als „NPD-Kreistagsabgeordneter“ bezeichnet, kann er sein Mandat behalten, wenn die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht unterliegt. Auf ihre Tarnorganisationen hätte ein Verbot keine Auswirkung.

Bei der Gründung der Wählergemeinschaft Bündnis Rechts vor fünf Jahren waren die Republikaner noch mit im Boot. Inzwischen haben sie offenbar der NPD das Feld allein überlassen. Mindestens neun der Kandidaten sind in der Vergangenheit als NPD-Funktionäre in Erscheinung getreten oder haben für die Partei kandidiert. Im Kreis Stade hatte die NPD seit je eine Hochburg. Es ist bis heute ihr stärkster Kreisverband in Niedersachsen. In Buxtehude lokalisiert der Verfassungsschutz einen Schwerpunkt der Umtriebe der Jungen Nationaldemokraten (JN). Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann wohnt in einem Buxtehuder Vorort, seine Tochter ist Schriftführerin der JN. Dammann gehört die „Alte Mühle“ in Bargstedt, das zur Samtgemeinde Harsefeld gehört. Das Haus ist auch als „NPD-Scheune“ bekannt, weil sich dort häufig rechte Jugendliche versammeln.

Während des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes 1997 diente das Haus in der Ortsmitte als Organisationsstützpunkt für Plakataktionen in der Hansestadt. Eines Nachts verletzte eine Gruppe Skinheads mit Knüppeln und einem Gasrevolver Jugendliche, die eine Telefonzelle vor dem Haus benutzen wollten. Die Polizei erschien, durchsuchte das Gebäude und stellte Personalien fest. Am nächsten Tag

versammelten sich die Neonazis Fahnen schwenkend auf der Straße, damit jedem klar war, wer den Platz behauptet. In der Nacht zum 19. Dezember 2000 verfolgte die Polizei aus Celle einen aus sechs Fahrzeugen bestehenden Konvoi von Rechten, mutmaßlich Anhänger der JN und der „Kameradschaft 73“. Ihr Ziel war Bargstedt. Dort übergab die Celler Polizei an die Stader Kollegen. Von da an waren die Neonazis ungestört. Unbehelligt konnten sie einen Kameradschaftsabend abhalten.

Im Kreis Stade scheint der NPD der Schulterchluss zwischen alten Herren und Skinheads gelungen zu sein. Ein 1977 geborenes NPD-Mitglied organisierte vor zwei Jahren den Überfall auf eine Asylbewerberunterkunft in Kutenholz-Aspe, an dem drei weitere Parteifreunde beteiligt waren (vgl. BNR 13/00 und 7/01). NPD, JN und die Wählergemeinschaft Bündnis Rechts nutzen für ihren Schriftverkehr dasselbe Harsefelder Postfach.

Die Kandidaten des Bündnis Rechts gelten als honorierte Bürger. Zwei von ihnen wurden erst kürzlich in der Lokalpresse porträtiert. Karl Wolfgang Sanner aus Bargstedt (Jg. 1936) war in den 60-er Jahren NPD-Funktionär, war später bei der SPD und dann der DVU aktiv. Ohne auf seine bewegte politische Karriere einzugehen würdigte eine Anzeigenzeitung ihn als Schriftsteller. Mit der Sprache hat es auch Dieter Wieczorek (Jg. 1934). Er wurde in einem anderen Blatt als regionaler Ansprechpartner des Verein Deutsche Sprache (VFS) vorgestellt, der sich gegen die Überfremdung deutschen Sprachschatzes zur Wehr setzt. Auf seiner Website hat der Verein zwar einen Link zum „Netz gegen Rechts“ gelegt, einige seiner Vertreter stehen aber schon länger im Verdacht, selbst rechts zu sein. Bei Wieczorek ist die Sache klar.

Die Herren aus den Dörfern auf dem flachen Lande, aus Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Harsefeld und Wangersen, unter ihnen ein Arzt und der Bezirks-schornsteinfeger, vertreten eine Gesinnung, deren Akzeptanz ihren Stimmenanteil bei Wahlen weit übersteigt. So wurde im Jahrbuch des Harsefelder Heimatvereins einem ehemaligen SS-Mann Gelegenheit gegeben, seine Heldenlegenden für die Nachwelt zu überliefern. Und als der ehemalige SS-Mann Heinz Eckhoff, der 1968 für die NPD in den Kreistag einzog und zwei Jahre später zur CDU wechselte, im November 2000 das Bundesverdienstkreuz erhielt, bildete sich ein breites Bündnis vom Landrat bis zum Pastor gegen kritische Medienberichte (vgl. BNR 22/00). *Uwe Ruprecht*

Aktivitäten**Erfolg für die Szene**

Acht Jahre nach Fulda ist es den Neonazis wieder gelungen, einen Gedenkmarsch für Rudolf Heß aufzuziehen.

In Wunsiedel, wo der Hitler-Stellvertreter Heß begraben ist, sprachen am 18. August Jürgen Rieger, einschlägig bekannter Anwalt aus Hamburg, und der „freie Nationalist“ Thomas Wulff vor den 800 bis 900 Neonazis. Wulff verlas ein Grußwort des Heß-Sohnes Wolf-Rüdiger, der Trauermarsch und Heß-Kampagne voll und ganz unterstützte.

Den Weg für den Neonazi-Aufmarsch hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof frei gemacht, der tags zuvor ein Verbot des Wunsiedeler Landratsamtes aufhob. Den Richtern fehlte es an „hinreichend konkreten Tatsachen für eine Gefahreneinschätzung mit dem Ergebnis, dass es zu Straftaten speziell im Bereich politischer Auseinandersetzungen kommen wird“. Beim NIT Hamburg war von einem „Überraschungserfolg“ die Rede – einem Erfolg mit Perspektive für die Szene. Das NIT: „Nun darf für die bekannteste Symbolfigur des Nationalsozialismus nach Adolf Hitler demonstriert werden.“ Genau dies hatten die örtlichen Behörden zehn Jahre lang verhindert. Dass die Münchner Richter das Verbot diesmal kippten, ließ Demo-Anmelder Jürgen Rieger jubeln – und auf bessere Zeiten für seine Kameraden hoffen: „Wir haben vor zehn Jahren gesagt, dass wir wieder nach Wunsiedel kommen. Wir sind wiedergekommen. Und wir werden wiederkommen.“

Im brandenburgischen Wittstock marschierten ebenfalls am Samstag 70 Neonazis auf. Auch diese zuvor verbotene Demonstration war schließlich – vom Verwaltungsgericht Potsdam – erlaubt worden. Anders hatten eine Woche zuvor die Richter des Verwaltungsgerichts Arnberg, des Oberverwaltungsgerichts Münster und des Bundesverfassungsgerichts entschieden. Die Sauerländer Aktionsfront (SAF) wollte auf einem Soldatenfriedhof zu Ehren von Heß auflaufen. Das Verbot hatte am Ende wegen des erwarteten „neonazistischen Gepräges“ der Veranstaltung Erfolg.

Für das Material zu den Heß-Wochen, das in diesem Jahr an Laternenmasten geklebt oder unters Publikum geworfen wurde, sorgten vor allem die JN Nordmark, die Ludwigschluster „Initiative für Volksaufklärung“ und der Hagener Neonazi Rüdiger Kahsner.

Tomas Sager

Aktivitäten**„Arisches Blut“**

Rechtsextremer Barde ist verstummt

Kaum hatte sich die Nachricht von Daniel Eggers' Selbstmord in der rechten Szene herumgesprochen, da gab es auch schon die ersten Gerüchte, die den Freitod in ein anderes Licht rücken sollten: der Strick mit dem er sich erhängt habe, sei viel zu kurz, es sei kein Abschiedsbrief gefunden worden undso weiter. „Alles Quatsch!“ sagt der Sprecher der Staatsanwaltschaft in Schwerin. Man habe keine Hinweise auf die in der Szene kolportierte Mordtheorie. Mit seinem Opel Astra war Eggers am Morgen des 6. August ins Kiebitzmoor in Grevesmühlen gefahren. Dort erhängte sich der 26-jährige Musiker an einem Baum.

Eggers war nach Frank Rennicke der bekannteste rechtsextreme Liedermacher in Deutschland. Seit Mitte der 90er Jahre zupfte er bei Kameradschaftsabenden und Parteitagen die Gitarre und sang dazu über die Soldaten, das Vaterland und die Mütter, die ihre tapferen Söhne an der Front verlieren. „Mein Ansporn ist meine Liebe zu Deutschland.“, sagte er 1997 in einem Interview.

Eine besondere Vorliebe hatte das ehemalige NF-Mitglied für übelste Hetzlieder. Bei Veröffentlichungen unter seinem Namen, bemühte er sich, alle Grenzen einzuhalten („Ohne okay vom Anwalt läuft gar nichts“). Umso deftiger trällerte Eggers dafür unter Pseudonym. Unter dem geschmacklosen Namen „Arisches Blut“ bescherte er der Szene CDs wie „Unter Führers Befehl“ oder „Das Vermächtnis des Führers“. Vertrieben wurden die Scheiben über den damaligen NS-88 Versand in Dänemark. Vor drei Jahren rief die Gruppe „Bonzenjäger“ musikalisch zum Mord an Politikern auf. An diesen Aufnahmen soll Eggers genauso mitgewirkt haben, wie bei der „Kampfkapelle des Weissen Arischen Widerstandes“.

Polizei und Staatsanwaltschaft in Schwerin haben sich für den rechten Barden nie groß interessiert. Obwohl Eggers' Aktivitäten unter Pseudonym überall bekannt waren, gelang es den Ermittlern nicht mal, das offenkundige Material gegen den Mecklenburger zusammenzutragen. Das überraschte Eggers selbst. In einem Interview freute er sich: „Ich persönlich habe noch keine Schwierigkeiten gehabt. Vielleicht hat ein Narr wie ich meist auch die entsprechende Narrenfreiheit!“

Benny Bender

Hintergrund**Motor der Gewalt**

Der „Thüringer Heimatschutz“ ist eng mit der NPD verwoben. Im Freistaat hat er eine Schlüsselfunktion im rechtsextremen Spektrum.

Wie im Mai diesen Jahres bekannt wurde, sind vom Thüringer Verfassungsschutz in den letzten sieben Jahren 200 000 Mark an den neonazistischen „Thüringer Heimatschutz“ (THS) geflossen. Gezahlt für die V-Tätigkeit des Neonaziführers Tino Brandt, setzte dieser das Geld zur Finanzierung des THS ein. Auf diese Weise hat die staatliche Behörde in wesentlichem Maß Anteil am Aufstieg der Organisation, die sich zur dominierenden Gruppe der extremen Rechten im Freistaat entwickelt hat.

1996 aus der Vorläuferorganisation „Anti Antifa Ostthüringen“ gebildet, besitzt der THS im gesamten Thüringer Raum Stützpunkte. Neben den Ursprungssektionen Saalfeld/Bad Blankenburg, Jena und Gera existieren heute unter anderem in Altenburg, Eisenach, Kahla, Sonneberg, Gotha und Weimar Basisgruppen. Die schätzungsweise 160 Mitglieder repräsentieren das organisierte militant-neonazistische Spektrum des Landes. Bei Aufmärschen – wie am 12. Februar vergangenen Jahres in Gera mit der Parole „Kein Asylantenheim im Stadtzentrum“ – ist der THS in der Lage, 600 Personen zu mobilisieren.

Eine besondere Dynamik gewann der THS 1999 mit der faktischen Übernahme des NPD-Landesverbandes Thüringen. Der Führer des THS, Tino Brandt, wurde Pressesprecher und Vizechef. Sieben THS-Kader, darunter Jörg Krautheim aus Gera, Mirko Eberlein aus Saalfeld und Ralf Wohlleben aus Jena, stiegen in den Landesvorstand auf. Seit diesem Zeitpunkt übernimmt die NPD die Anmeldung der THS-Aufmärsche. Es entwickelte sich eine weitreichende Überschneidung der NPD- und „Heimatschutz“-Strukturen.

Neben der parteilichen Arbeit ist der THS Motor der organisierten rechtsextremen Gewalt im Freistaat. So wurde im Oktober 1997 ein Waffenlager der Saalfelder THS-Sektion mit Knüppeln, Messern, Äxten und Schreckschusspistolen ausgehoben. Mit diesen Waffen sollte eine linke Demonstration in der Stadt angegriffen werden. Im Januar 1998

fand die Polizei in den Jenaer Wohnungen der im THS organisierten Personen Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe TNT-Sprengstoff sowie komplette Rohrbomben. Am 10. August vergangenen Jahres wurde der Eisenacher „Heimatschutz“-Kader Patrick Wischke unmittelbar nach einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss der Wartburgstadt festgenommen.

Zu den terroristischen Aktionen tritt beim „Heimatschutz“ massiv die Gewalt auf der Straße, der Aufbau „nationalbefreiter Zonen“. Vor allem in Ostthüringen ist er damit erfolgreich. Infolge der Aktivitäten des Sektionsführers Andre Kapke und seines Bruder Christian besitzt der THS in den Jenaer Neubausiedlungen eine Hochburg. So wurde in Jena-Winzerla der THS/NPD-Funktionär Ralf Wohlleben im Juni 2000 in den Ortschaftsrat gewählt. Ein anderes Beispiel bietet Jena-Lobeda, wo der THS am 14. September 1999 in einem städtischen Jugendclub eine Schulungsveranstaltung mit dem Titel „Der Verfassungsschutz – Organisation, Spitzel, Skandale“ durchführte. Andre Kapke – ein guter Freund der Bombenbauer Bönnhardt Zschäpe und Mundlos – leitet neben seinem „Heidenschmuckversand“ die Anti-Antifa-Arbeit in der Stadt und agiert vor allem gegen das antifaschistische Zentrum „Junge Gemeinde“. Betreiber und Besucher sehen sich seit mehreren Jahren Observationen und direkten Angriffen ausgesetzt. Christian Kapke, der jüngere Bruder von Andre, ist Landesvorstandsmitglied der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, Verbindungsmann des THS zu den studentischen Burschenschaften Jenas und hat als Kopf der Nazi-Popband „Eichenlaub“ mit „Blood&Honour“ Kontakt. Der „EislichtVerlag“ Christian Kapkes organisierte am 14. Juni 2000 den Auftritt der rechten Gruppe „Death in June“ in Orlamünde. Das Veranstaalten solcher Konzerte gehört zu den regelmäßigen Aktivitäten des THS und seiner Umfeldgruppierungen.

Gegenwärtig ist die Situation des „Heimatschutzes“ durch die Aufgabe der politischen Tätigkeit Tino Brandts geprägt, und dem Versuch, dies inhaltlich und organisatorisch auszugleichen – schließlich war Brandt Betreiber mehrerer THS-Homepages, Anmelder der Demonstration und Kontaktmann zu den bundesweiten Köpfen der freien Kameradschaften. Bemerkenswert ist die verhaltene Reaktion der Thüringer NPD und des THS auf die Enthüllungen – szenintern wird über die Zuträgertätigkeit weiterer Spitzenkader gemunkelt.

Richard Linde

Hintergrund

Esoterik-Klamauk

Nachdem die Justizbehörden die Zuständigkeit geregelt haben, könnte es nach über fünf Jahren doch noch einen Prozess gegen Jan van Helsing geben

„Dass ich wegen meiner Bücher Schwierigkeiten bekommen würde, hatte mir schon Jahre zuvor eine Hellseherin in Neuseeland vorausgesagt“, berichtete der rechte Esoterikbuchautor Jan Udo Holey im vergangenen Jahr dem Kiffer-Magazin „Hanf“. Jetzt könnte es für den 34-Jährigen erneut Zeit für einen Besuch bei der Wahrsagerin von der Kiwi-Insel sein, denn das Ermittlungsverfahren gegen den Bestseller-Autor aus Fichtenau ist wieder völlig offen.

Im Frühjahr 1996 hatte die Staatsanwaltschaft Mannheim gegen Holey ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Bei der Behörde war eine Anzeige eingegangen. Dabei ging es um die beiden Esoterik-Bestseller „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ und „Geheimgesellschaften II - Interview mit Jan van Helsing“. Unter diesem Pseudonym hatte Holey die beiden rechten Verschwörungsbücher beim Ewert-Verlag im nordrhein-westfälischen Lathen veröffentlicht. Auch gegen den Verleger Klaus Jürgen Ewert wurde ermittelt. Bei ihm stellten die Ermittler kistenweise Bücher sicher. Einen Haftbefehl gegen Jan Udo Holey hatte das Mannheimer Amtsgericht im Frühjahr 1996 abgelehnt. Bis heute sind Holeys „Geheimgesellschaften“ indiziert. In Deutschland und der Schweiz dürfen sie nicht verkauft werden.

Im September 1996 reichte der Mannheimer Staatsanwalt Hans Heiko Klein beim Landgericht Anklage wegen Volksverhetzung gegen Holey und Ewert ein. Das Buch sei „durchweg antisemitisch“ erklärte der Ermittler. Historische Tatsachen würden verdreht. Gestützt auf sachliche Unwahrheiten, entstellte, erfundene oder nicht nachvollziehbare Zitate würde unter anderem die Behauptung aufgestellt, die Juden strebten die Weltherrschaft und die Zerstörung Deutschlands an, so der Staatsanwalt.

Doch das Mannheimer Landgericht hatte an dem brisanten Fall kein Interesse. Obwohl die rechten

Hetzbücher nur wenige Meter vom Landgericht entfernt im Schaufenster einer Buchhandlung lagen, erklärten sich die Richter für nicht zuständig. Der Grund: Weder Verleger noch Autor kommen aus Mannheim. Ein Jahr nach der Anklageerhebung befand die höhere Instanz, das Oberlandesgericht Karlsruhe, dass die Mannheimer Kollegen doch den Fall verhandeln müssen. Doch im Februar 1998 erklärte sich das Mannheimer Landgericht erneut für nicht zuständig. Seit wenigen Wochen ist der Fall nun bei der Staatsanwaltschaft Ellwangen. Nach einer kurzen Reiberei mit der Staatsanwaltschaft Mannheim hat sich die Behörde im Fall Jan van Helsing für zuständig erklärt. Schließlich gehört Holey's Wohnort Fichtenau zum Bereich Ellwangen. Ob es über fünf Jahre nach der ersten Durchsuchung doch noch zu einem Prozess kommt oder das Verfahren stillschweigend beendet wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Noch heute ist das Interesse an Holey's Auswürfen groß. Auch lange nach dem Verbot wurden die „Geheimgesellschaften“ in Esoterikbuchhandlungen unter dem Ladentisch gehandelt. Auf der Internetseite des Ewert-Verlages wird im Forum immer wieder gefragt, wie man denn an die Werke Jan Udo Holey's herankommt. Den größten Bestand an Exemplaren dürfte die Mannheimer Staatsanwaltschaft haben. Dort lagern nach der bundesweiten Beschlagnahme-Aktion seit 1996 über 1000 Bücher. Ein Teil davon ist bereits vernichtet worden.

Insider sehen in Holey nicht gerade den glühenden Antisemiten. Der Mann mit dem langen Zopf ist zwar viel gereist, von Beruf aber eher Sohn, meinen Kenner. Holey kommt ursprünglich aus der linken Szene, fiel als Jugendlicher auf, weil er öffentlich eine Deutschlandfahne verbrannte. Vielmehr wird bei dem Porschefahrer ein eher weltliches Motiv für den rechtsextremen Esoterik-Klamauk vermutet: Geld. Und das dürfte er mit geschätzten 100 000 verkauften Büchern erreicht haben. Und als sein Fall für Schlagzeilen sorgte, gab es auch prompt ein neues Buch. Holey schrieb über sich selbst und seine Auseinandersetzung mit den Ermittlungsbehörden: „Die Akte van Helsing“, Startauflage 25 000 Exemplare.

Tatsächlich gibt es aber Zweifel, dass Jan Udo Holey die beiden Geheimgesellschaften-Bücher selbst geschrieben hat. Als „echten“ Jan van Helsing vermuten Kenner des Falls seinen Vater Hannes Holey.

Benny Bender

Demokratische Initiativen**„Ostlandritt“ mit 17****Der bittere Alltag eines Frontsoldaten**

Wenn sich ein Kerammodelleur, der sein Leben lang in einer Porzellanfabrik der sächsischen Kleinstadt Colditz gearbeitet hat, als alter Mann zur Veröffentlichung seiner Jugend- und namentlich seiner Kriegserinnerungen entschließt, muss man drei Dinge voraussetzen. Dass er den Drang verspürt, kommenden Generationen eine Botschaft zu hinterlassen, dass er Ungewöhnliches erlebt hat, dass er ein gut geführtes Tagebuch und ein verlässliches Gedächtnis besitzt. All das ist bei Wolfgang Stadler in seinem Buch „Hoffnung Heimkehr“ mit der Fähigkeit verbunden, fesselnd, mit Freude am anekdotischen Detail und oft auch hintergründigem Humor zu erzählen. Geprägt werden die sieben Jahre seiner Jugend, über die er berichtet, von der anschwellenden braunen Flut, von Krieg und Gefangenschaft. „Mit 17 Jahren an die Front. Mit 19 hinter Stacheldraht“, lautet der Untertitel. Die Front war im Osten, der Stacheldraht russisch.

Der „Ostlandritt“ beginnt auf dem Fahrrad und in der Uniform des Reichsarbeitsdienstes, die er später mit der Wehrmacht tauscht, und führt ihn bis Stalingrad und Leningrad. Er endet im Kriegsgefangenenlager Asbest jenseits des Urals. Als Stadler Ende '49 von dort 25-jährig endlich nach Hause zurückkehren darf, hat er dem Tod Dutzende Male ins Auge gesehen, in Eis und Schnee, Schlamm und Schützengräben, im Hagel von Bomben und Granaten gelegen, gehungert, vor Angst und Schmerz geweint und gezittert. Heldentaten der Wehrmacht und Landserromantik sucht man bei ihm vergeblich. Überall, wo ihm der Krieg begegnet, ist er nur sein hilfloses Opfer. Er gibt nicht vor, überzeugter Antifaschist oder Widerstandskämpfer gewesen zu sein, sondern war einfach dabei, als Arbeitsmann, als Soldat, als Gefangener, dort, wo es am wehesten tat – ganz unten. Aus dieser Sicht schreibt er sachlich, nüchtern, manchmal sehnuchtsvoll, manchmal tief gekränkt, aber ohne zu jammern und nur einem verpflichtet: der Wahrheit.

Wer den bitteren Alltag des Krieges kennenlernen will, der kann das kaum authentischer als auf den Seiten dieses Buches. Und so stellt man von Kapitel zu Kapitel mehr fest, dass unter der Flut der Literatur über Krieg und Gefangenschaft so ei-

ne Darstellung gefehlt hat. Ost und West haben im kalten Krieg auch diese Zeit instrumentalisiert. Wolfgang Stadler beschreibt die schmerzliche Wahrheit des Lebens in den russischen Kriegsgefangenenlagern ungeschminkt. Da ist kein Platz für die Propagandalügen von „brüderlicher Freundschaft über Schützengräben hinweg“, auch das Wirken des Nationalkomitees Freies Deutschland und der Antifa-Beauftragten in den Lagern sieht mit den Augen der Hungerleider anders aus als in den DDR-Geschichtsbüchern. Aber Stadler übertreibt nicht, verzerrt nichts, verschweigt nicht, wer die Angreifer und wer die Überfallenen waren. Seine Schlussfolgerung ist niemals Hass auf die andere Seite, sondern immer nur auf den Krieg und die an ihm Schuldigen. „Ein Buch gegen Krieg, Gefühlskälte und jegliche Gewalt, geschrieben als Mahnung“, nennt er seine Arbeit. Im Nachwort wird die Frage beantwortet, ob das neue Jahrtausend eigentlich noch so etwas braucht: „Nun die Geschichte wiederholt sich nicht ... Die nächsten Nazis tragen vielleicht keine braunen Hemden, die nächsten Kriege werden vielleicht keine Schützengräben haben. Aber die Gefahren enden nie, so wie die Geschichte nicht endet. Und so wird es immer wieder nötig sein, Schlafende zu wecken.“

Als das Manuskript gerade abgeschlossen war, bereitete die ARD die Dokumentarfilmserie „Soldaten hinter Stacheldraht“ vor. Stadler wirkte an allen drei Teilen mit. Meinhard Prill, einer der Regisseure, bescheinigt ihm: „Wie schon beim Interview beeindruckt mich erneut der unverstellte Blick, mit dem Sie die alten, lange gepflegten Klischees von den grausamen und primitiven Russen und den aufrechten, einander verschworenen deutschen Soldaten zerstören, etwa wenn Sie über Kameradschaft in der Gefangenschaft schreiben. Wie immer ist auch hier die Wahrheit konkret.“ Autor Stadler – Jahrgang 1924 – betrachtet es als Verpflichtung, seine Erfahrungen gerade den Trägern der Zukunft zu vermitteln. Immer wieder veranstaltet er erfolgreich Lesungen an Schulen und Jugendeinrichtungen. Die prominente Volksmusikerin Stefanie Hertel, schrieb ihm: „Das Thema 2. Weltkrieg hat mich schon immer interessiert. Es einmal aus der Sicht eines Soldaten zu sehen, war sehr spannend. Besonders für die Jugend ist es wichtig, die Grausamkeiten eines Krieges immer wieder in Erinnerung zu rufen, und das haben Sie zweifelsohne getan.“

Ralf Bachmann

Wolfgang Stadler, Hoffnung Heimkehr. Bezug durch SWING DRUCK GmbH, Albertplatz 4, 04680 Colditz, ISBN 3-987514-0-6, 339 Seiten, 36 Mark

Demokratische Initiativen

Anderen Mut machen

Couragierte Künstlerin trotz NS-Terror

Sie war Malerin, gestaltete Textilien, Bühnenbilder und Innenräume. Sie engagierte sich im kommunistischen Widerstand gegen die Nazis, war inhaftiert und wurde schließlich im Oktober 1944 in den Gaskammern von Auschwitz ermordet: Friedel Dicker-Brandeis, ausgebildet am Bauhaus in Weimar, ist zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geraten. Umso erfreulicher, dass das Berliner „bauhaus-archiv“ nun Leben und Werk dieser Künstlerin in einer umfassenden Ausstellung präsentiert.

Friedel Dicker-Brandeis war eine vielseitige und talentierte Künstlerin. Aber sie war zudem eine außergewöhnlich mutige Frau. Eindrucksvoll dokumentiert sich ihre Courage ausgerechnet in ihrer vorletzten Lebensstation, dem Konzentrationslager Theresienstadt, in das sie gemeinsam mit ihrem Mann Pavel Brandeis im Dezember 1942 deportiert worden war. Auch hier wirkte sie unter schwierigsten Umständen als Künstlerin, und sie tat noch mehr: Sie unterrichtete Kinder im Malen und ermunterte sie, dem KZ-Alltag zumindest künstlerisch zu entfliehen. Nach Aussagen von überlebenden Malkursteilnehmern des Lagers Theresienstadt trug Dicker-Brandeis' Unterricht tatsächlich zur psychischen Stabilisierung der jugendlichen Gefangenen bei.

Friedel Dicker-Brandeis selbst hatte früh zur Kunst gefunden. Die Wienerin aus jüdischem Elternhaus lernte zunächst Fotoreprografen, studierte an der k.u.k.-Kunstgewerbeschule Textiles Gestalten und nahm parallel dazu zwischen 1916 und 1919 an den später legendär gewordenen „Wiener Kursen“ von Johannes Itten teil. Von Wien wechselte sie mit Itten und anderen ans Weimarer Bauhaus, wo sie sich unter anderem an der Gestaltung der „Utopia“ beteiligte, einem programmatischen Werk der frühen Bauhaus-Zeit.

Die Künstlerin löst sich vom Bauhaus, als dort die romantisch-utopischen Ideen der Anfangsjahre zunehmend von einer Neuausrichtung hin zum Industriedesign abgelöst werden. Friedel Dicker geht gemeinsam mit ihrem Studienfreund Franz Singer nach Berlin, wo sie 1923 die „Werkstätten Bildender Künste“ eröffnen, in denen unter anderem

Kinderspielzeug, Bucheinbände und Textilarbeiten entstehen. Beide Künstler betätigen sich daneben auch als Bühnen- und Kostümbildner; die Ausstellung im „bauhaus-archiv“ zeigt beispielsweise Kostümskizzen für Shakespeares „Kaufmann in Venedig“.

Beide Künstler gingen nach dem kurzen Berliner Intermezzo zurück nach Wien, wo sie das Architekturatelier „Singer/Dicker“ gründeten und bis Anfang der 30er-Jahre gemeinsam arbeiteten. Friedel Dicker engagierte sich zu dieser Zeit verstärkt politisch; ihre – kommunistische – Haltung schlägt sich auch künstlerisch nieder. So fertigt sie „anti-kapitalistische Plakate“ an, Fotocollagen zu den seinerzeit hochaktuellen Themen Arbeitslosigkeit, Hunger, faschistische Kriegshetze. 1934 wird Friedel Dicker in Wien wegen kommunistischer Umtriebe inhaftiert, kommt aber bald frei und emigriert nach Prag. Ihre Hafterfahrung setzt sie in der Collage „Das Verhör“ künstlerisch um. In der Tschechoslowakei betätigt sie sich weiterhin an Aktionen des kommunistischen Widerstands; der aus ihrer Sicht einzigen Möglichkeit, der zunehmenden nationalsozialistischen Gefahr entgegenzuwirken.

Die Malerei Friedel Dickers ändert sich zu dieser Zeit stark. Naturalistische, idyllische Motive und Formen dominieren ihr Werk etwa ab Mitte der dreißiger Jahre und illustrieren damit die Sehnsucht der Künstlerin nach einer „heile(re)n Welt“.

Mit ihrem Ehemann Pavel Brandeis, den sie 1936 geheiratet hat, zieht sie 1938 in die tschechische Kleinstadt Hronov, obwohl sie im Besitz eines Ausreisevisums nach Palästina ist. Nach der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei verlieren beide Ehepartner ihre Arbeit – Friedel Dicker-Brandeis war in Hronov als Lehrerin für textiles Gestalten tätig.

Das Ehepaar zieht noch einige Male um; 1942 werden beide von den Nazis festgenommen und nach Theresienstadt deportiert. Ihre Gemälde kann Friedel Dicker-Brandeis zuvor noch bei Bekannten sicherstellen. Pavel Brandeis wird im September 1944 nach Auschwitz deportiert. Er überlebt das Vernichtungslager. Seine Frau, die sich freiwillig zum folgenden Transport meldet, wird drei Tage später, am 9. Oktober 1944 in Auschwitz-Birkenau ermordet.

Gudrun Giese

Friedel Dicker-Brandeis, Ein Leben für Kunst und Lehre, bis 15.10. im bauhaus-archiv, Klingelhöferstr. 14, geöffnet tgl. außer Di. von 10.00 bis 17.00 Uhr.

Demokratische Initiativen**Links gegen rechts**

Innerhalb weniger Jahre ist es dem weltweiten Rechtsextremismus gelungen, in allen Schattierungen und mit Tausenden von Homepages ins Internet einzuziehen. Doch das Netz wehrt sich - mit dem einzigen Mittel, das gegen virtuelle Propaganda auf Dauer Erfolg verspricht: Information. Auf einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von Seiten liefern Initiativen, Organisationen und Behörden Aufklärung über rechtsextreme Strukturen, Argumente und Projektideen für die demokratische Praxis.

Eine der umfangreichsten kommentierten Sammlungen deutschsprachiger Homepages gegen rechts hat das niedersächsische Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik in Hildesheim ins Netz gestellt. Die Liste, die ihren Schwerpunkt auf relevante Seiten für Schule und Jugendarbeit legt, ist auf dem niedersächsischen Bildungsserver NIBIS abrufbar. Der Hannoveraner Sozialwissenschaftler Michael Pechel hat über 100 Homepages zusammengestellt, die den weiten Fächer der netzeigenen Abwehraktivitäten gegen rechte Umtriebe widerspiegeln. Dazu zählen Seiten aus dem Antifa-Spektrum ebenso wie das umfangreiche Medienprojekt netzgegenrechts.de oder die CDU-Homepage netzgegengewalt.de. Neben staatlichen Instanzen wie den Verfassungsschutzbehörden und dem jugend-schutz.net in Mainz sind auch die Seiten des „blick nach rechts“ (www.bnr.de) in der Sammlung vertreten. Die knappen und informativen Hinweise, mit denen Pechel die Links versehen hat, machen es dem Nutzer leicht, sich im Datenmeer den gesuchten Inhalten anzunähern. Außerdem tragen 13 Kategorien (zum Beispiel: „Netzseiten von Jugendlichen / für Jugendliche“, „Pädagogische Konzepte, Unterrichtsmaterialien“), nach denen die Verweise geordnet sind, zur Orientierung bei. Neben den Links umfasst die NIBIS-Seite eine hilfreiche Liste gedruckter Literatur zum Thema. Die Einführung gibt einen gerafften, aber soliden Überblick über die Entwicklung rechter Online-Propaganda, die Mitte der 80er Jahre in US-amerikanischen Neonazi-Gruppen ihren Anfang nimmt. Der Autor der Seite hat angekündigt, die Linksammlung regelmäßig zu aktualisieren und zu ergänzen. *Thomas Pfeiffer*
Niedersachsen gegen rechts: www.nibis.ni.schule.de/haus/dez4/gegenrechts/

Demokratische Initiativen**HelpLine für Bürger**

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle „Rechtsextremismus“ eingerichtet. Beim Bürgertelefon C@ll NRW wird ab sofort ein besonderer Beratungsdienst, die HelpLine, angeboten. Rechtsextreme, die aus der Szene aussteigen wollen, können dort individuelle Betreuung durch ausgewählte Vertrauenspersonen finden. Gedacht ist die HelpLine aber ebenso für Bürgerinnen und Bürger, die qualifizierte Ansprechpartner zum Thema Rechtsextremismus suchen. Die HelpLine soll nicht nur als Kontakt- und Informationsbörse dienen, sondern im konkreten Einzelfall auch Rat und Hilfe für Personen geben, die sich durch Fremdenfeindlichkeit bedroht sehen.

Nordrhein-Westfalen werde der wachsenden Bedrohung durch Rechtsextreme nicht tatenlos zusehen, „der Verfolgungsdruck auf Gewalt- und Straftäter wird verstärkt“, unterstrich Ministerpräsident Wolfgang Clement in einer Pressemitteilung. Clement erklärte, man wolle „aber zugleich die Türe für diejenigen nicht zuschlagen, die durch besondere Umstände in der rechten Szene gefangen sind und keinen Ausweg sehen, sich zu befreien. Wir wollen Rat und Hilfe geben, z.B. bei der Beschaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, bei der Suche nach einem neuen intakten Umfeld. Wir bieten besondere Betreuungs- und Resozialisierungskonzepte und werden ihnen bei der Rückkehr in ein Leben außerhalb der Szene helfen.“, betonte der Ministerpräsident. Neben Aufklärung durch präventive Maßnahmen der Polizei, Präventionsprojekten in den Schulen, dem Aktionsprogramm „Jugend gegen rechts“ im Internet ist die HelpLine in ein umfangreiches Programm gegen Rechtsextremismus eingebettet. *D.K.*

Die Hotline ist montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr unter der Telefonnummer 0180/31 00 110 erreichbar; E-Mail: c@ll-nrw.de; Internet: www.callnrw.de

Hinweis

Bochum - Ein Fachkongress „Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Qualifizierung“ findet vom 31. August bis 1. September in der Gastronomie im Stadtpark Bochum statt. Informationen: Landeszentrale für politische Bildung, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 / 86 18 46 12, fax - / 86 18 46 75

Verfassungsschutz**Zwist in der Szene****Schwund bei REP und DVU in Baden-Württemberg – militante Rechte legen zu**

Unter die Lupe genommen haben die baden-württembergischen Verfassungsschützer die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dem aufmerksamen Leser stelle sich die JF als Publikation dar, „die konstant von Beiträgen durchsetzt ist, die mit grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht im Einklang stehen“, heißt es im aktuellen Landesverfassungsschutzbericht. Weiterhin im Visier der Behörde stehen die Republikaner, bei denen genügend Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gesehen werden. Seine bundesweite Vormachtsstellung innerhalb der Partei dürfte der baden-württembergische REP-Landesverband nach dem Wahldebakel vom März eingebüßt haben, die Mitgliederzahlen sind im Berichtszeitraum bereits auf 1300 (1999: 1400) zurückgegangen. Dass der Richtungsstreit bei den REP bei ausbleibenden Wahlerfolgen wieder aufbrechen würde, haben die Verfassungsschützer prognostiziert, der REP-Landesparteitag Mitte Juli hat diese Einschätzung weitgehend bestätigt.

Stärkste rechtsextreme Partei in Baden-Württemberg ist mit 1500 Mitgliedern heute die DVU, die aber um 300 Anhänger schrumpfte. Die NPD hat 70 Mitstreiter dazugewonnen (jetzt 480), 80 Neumitglieder stießen zu den Jungen Nationaldemokraten (150). Die NPD verlegte im vergangenen Jahr ihre Bundesgeschäftsstelle von Stuttgart nach Berlin. „Der Erwerb des Anwesens war erst durch die Großspende eines Parteimitglieds aus Stuttgart möglich geworden“, heißt es im aktuellen Bericht. Dem bundesweiten Trend entsprechend ist die Zahl der gewaltbereiten Rechten auf 800 Personen (Vorjahr: 670) angewachsen, darunter rund 750 Skinheads, zum überwiegenden Teil männliche Jugendliche. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer bestehen Querelen zwischen neonazistischen Kameradschaften, genannt wird insbesondere die „Kameradschaft Karlsruhe“ und der Skinheadszene. Rund 55 Prozent der begangenen 107 (61) rechtsextremen Gewalttaten, darunter drei versuchte Tötungsdelikte, gehen auf das Konto von Skinheads, bilanziert der Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 2000. 64 Gewaltdelikte wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, damit hat sich deren Anzahl verdoppelt. G.N.

Ausland**Domizil für Neonazis****Rechter Provider ist wieder im Netz**

Nach einigen Monaten Pause wurde jetzt der amerikanische Neonazi-Provider Yoderanium wiederbelebt, der Ende letzten Jahres vorübergehend eingestellt wurde. Bis dahin galt der von Studenten betriebene Anbieter, der mit dem Slogan „Takin the Net by force“ warb, als einer der bevorzugten Speicherplätze rechtsextremer und neonazistischer Webpages. Neben technischen Problemen wurden dafür auch finanzielle und private Gründe verantwortlich gemacht.

Die Seite ist nun mit drei eigenen Domains wieder im Internet. Eingetragen ist die Domain seit 1998 auf den als „Yoder“ agierenden 20-jährigen Larry Bertolino aus Scio (Ohio). Von ihm sind in einer eigenen Subdomain bei Yoderanium zahlreiche Bilder hinterlegt, darunter auch solche von „Yoder“ und Freunden vor einer Reichskriegsflagge, deren Hakenkreuz durch ein Hitlerbild bedeckt wird oder seinem Auto, auf dessen Heckscheibe die neonazistische Zahlenkombination „1488“ prangt. Die steht für die von dem amerikanischen Nazi-terroristen David Lane geprägten rassistischen „14 Words“ („Wir müssen den Fortbestand unserer Rasse bewahren und auch die Zukunft arischer Kinder sicherstellen“) sowie für „Heil Hitler“.

Die Betreiber von Yoderanium bieten unter dem Namen OdinsRage laut Eigenangaben seit Ende Juni „free Speech Hosting“. Mittlerweile wurde dort für über 130 WWW-Seiten Platz reserviert, darunter für rechtsextreme deutsche Webpages wie „Neogermania“, die mit einer Liste von „Reichsfeinden“ bekannt wurde, und die Volkstreue Kameradschaft Süd-Württemberg. Eingebunden in diese Seite ist auch das zentrale Forum von Yoderanium, in dem bislang knapp 50 angemeldete Mitglieder diskutieren.

Neben Bertolino, der auf der rechten Schulter „RAHOWA“ (Racial Holy War) eintätowiert hat, werden Yoderanium und OdinsRage betrieben von Nicholas Libby (alias Xedecimal), dem 20-jährigen „Pid-Jr“, der ebenfalls auf diversen Bildern zu sehen ist, sowie dem 17-jährigen Brian Davidson, der unter dem Pseudonym „GCS“ agiert. Angekündigt wurde mittlerweile auch die Inbetriebnahme einer Seite namens aryan-soldier – eine Domain auf diesen Namen ist seit 1999 auf die Yoderanium Inc. registriert.

Rudolf Kleinschmidt

Bücherschau**Braune Helfer**

56 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft ist Anton Malloth in München zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Bereits 1948 war er in der CSSR zum Tode verurteilt worden. Zur Last gelegt wurden ihm Verbrechen, die er als Aufseher im Gestapo-Gefängnis „Kleine Festung“ in Theresienstadt begangen hatte.

Die Geschichte des Anton Malloth zieht sich als roter Faden durch den Band „Stille Hilfe für braune Kameraden“, den die Journalisten Oliver Schröm und Andrea Röpke herausgegeben haben. Ein weiterer roter Faden ist die Geschichte des Peter Finkelgruen, der in Malloth den Mörder seines Großvaters sieht. Und ein weiterer Faden ist der Dortmunder Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, der über Jahre hinweg nicht das geringste Ermittlungsinteresse gegen Malloth entwickelte. Er wird es sich selbst zuschreiben müssen, wenn der Eindruck entsteht, er sei die Personifizierung jenes oftmals beklagten Trends, dass das deutsche Rechtswesen ein nur geringes Interesse an der Verfolgung von NS-Verbrechen entwickle.

Betreut wurde Anton Malloth nach seiner Ausweisung aus Italien, wo er nach Kriegsende für Jahrzehnte unbehelligt gelebt hatte, durch eine weithin unbekannte Organisation, die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“, die größten Wert auf Diskretion legt. Seit den Gründertagen in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter der Führung von Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg hatte es sich die Gruppe zur Aufgabe gemacht, deutschen Kriegs- und NS-Verbrechern zu helfen, sei es durch die Flucht ins sichere Ausland, sei es durch Unterstützung während der Prozesse oder während der Haft. Oft verfügten Kontakteleute der „Stille Hilfe“ wie Bischof Theophil Wurm oder Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer über beste Beziehungen zu höchsten Kreisen der Politik.

Als graue Eminenz der Gruppe schält sich Gudrun Burwitz heraus, eine absolute Respektsperson auch für die Altmänner der SS, die sich noch immer jährlich zum Traditionstreffen auf dem österreichischen Ulrichsberg treffen. Die fast schon devote Haltung ist verständlich, handelt es sich doch bei Burwitz um niemand anderes als um die Tochter Heinrich Himmlers. Und sie gehört zu den Un-

beirraren, die in der Strafverfolgung von NS-Tätern noch immer „Rachejustiz“ am Werke sehen. Burwitz ist es auch, die die Verbindungen zu den heutigen Neonazis gewährleistet, sei es zur Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) oder zur Traditionsgemeinschaft des Freikorps und Bund Oberland.

Der Band verzichtet auf eine wissenschaftliche Aufarbeitung der „Stillen Hilfe“. Er beschränkt sich auf Impressionen, die die beiden Autoren für charakteristisch halten. Am Beispiel einer im Hintergrund wirkenden Kleingruppe führt er vor, dass solche Vereine trotz geringen Bekanntheitsgrades über Einfluss, Effektivität und Wirksamkeit verfügen. Und er führt vor, dass die Gefahr mit der Überalterung der Stillen Hilfe keineswegs gebannt ist, sondern dass der Staffstab für die Unterstütztätigkeit an bereits die dritte Generation weitergereicht worden ist. Personen mit „Vorbildcharakter“ wie Gudrun Burwitz sorgen dafür, dass bei jüngeren Neonazis eine Identifikation mit den Vereinszielen garantiert ist.

Fragmentarisch ist notwendigerweise die Auseinandersetzung mit der Rolle der Justiz bei der Verfolgung von NS-Verbrechen. So mag man versucht sein, den Oberstaatsanwalt Klaus Schacht als Schwarzes Schaf seiner Zunft zu betrachten. Doch selbst wenn dies so wäre, müsste es bedenklich stimmen, dass ein solcher Mann über lange Jahre hinweg speziell mit der Verfolgung von NS-Verbrechen betraut war und diese Aufgabe so wahrnehmen konnte, dass sich der Eindruck aufdrängt, es sei ihm eher am Schutz der Täter gelegen gewesen.

Und mehr als nachdenklich stimmt der Nachweis, dass dies durch Politiker gedeckt wurde, die keine Skrupel hatten, die Stille Hilfe zu unterstützen. So zitieren Röpke und Schröm aus einem Brief des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger an die Stille Hilfe, in dem dieser in den Niederlanden einsitzende Kriegsverbrecher beschönigend als die „letzten deutschen Kriegsverurteilten“ bezeichnet und für eine Politik der „stillen Diplomatie“ zu ihrer Freilassung plädiert.

Fazit: Ein spannend geschriebener journalistischer Band, der sich flüssig wie ein Krimi liest und eine Lücke in der Literatur ausfüllt. *Volkmar Wölk*
Oliver Schröm/Andrea Röpke, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Ein Inside-Report, Berlin 2001, Ch. Links-Verlag, 213 Seiten, 29,80 Mark

Hinweis**Frauenarbeit im KZ**

In der ehemaligen Häftlingskantine der Gedenkstätte Buchenwald wird am 1. September die Dokumentation „Vergessene Frauen von Buchenwald – Die Ausbeutung weiblicher KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie“ eröffnet. Die Ausstellung dokumentiert am Beispiel von 24 Biografien erstmals das Leben der Frauen und Mädchen in den Außenlagern des Konzentrationslagers Buchenwald, das durch gnadenlose Ausbeutung aber auch durch deren Überlebenswillen geprägt war. Unter den Häftlingen waren zunächst hauptsächlich Polinnen, später wurden jüdische Häftlinge unter anderem aus Auschwitz, Bergen-Belsen und Stutthof ins Lager gebracht.

Mehr als 25.000 Frauen aus fast allen besetzten Ländern waren gezwungen, bis Kriegsende für die deutschen Rüstungskonzerne Munition zu fertigen. Die Hugo-Schneider-AG (Hasag) war einer der be-

deutendsten von ihnen. Das größte Außenlager der SS für weibliche KZ-Häftlinge entstand beim Hauptwerk der Leipziger Hasag, einer Firma, die sich bereits 1936 auf Munitionsfertigung umgestellt und im Laufe des Krieges zu einem einflussreichen Lieferanten für die Wehrmacht entwickelte.

Die Eröffnungsrede wird am 1. September Danuta Brzosko-Medryk, Trägerin des Aachener Friedenspreises, die selbst 1944/45 im Außenlager Hasag Leipzig inhaftiert war, halten. Weitere Redner sind die thüringische Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (CDU), Pierre Durand, Ehrenpräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Volkhard Knigge, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. An einem Zeitzeugengespräch, das um 16.00 Uhr in der Jugendbegegnungsstätte stattfindet, werden voraussichtlich 18 überlebende Frauen der Außenlager teilnehmen.

„Vergessene Frauen von Buchenwald“, ab 1. September 2001 in der Gedenkstätte Buchenwald; Tel.

03643/4300, E-Mail: buchenwald@buchenwald.de, <http://www.buchenwald.de>

DWETTREWERB

Du gegen rechts

Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs, Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende (von 12 bis 25 Jahren)

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPS, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presse-ausschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 155, Fax - 199
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Augsburg** – Das „Nationale Infotelefon“ von Andre Goertz hat am 11. August die Presseerklärung des „Augsburger Bündnis – Nationale Opposition“ für die Stadtratswahl in Augsburg, Bayern, dokumentiert. Ziel dieses „nationalen Wahlbündnisses“, dem Mitglieder der Republikaner, der NPD, DVU und Parteilose angehören, ist die Teilnahme bei der Stadtratswahl im März nächsten Jahres. Oberbürgermeister-Kandidat ist Manfred Saur (REP), vormals stellvertretender REP-Bundesschatzmeister. Bei der Versammlung am 10. August wurden 23 Kandidaten aufgestellt, darunter: Wolfgang Teufel (NPD), Susan Schmidt (REP), Manfred Six (DVU) und Marion Fleckenstein (REP).

■ **Bad Soden/Kiel** – Heiner Kappel (Bad Soden), ehemaliger FDP-Landtagsabgeordneter und zuletzt Bundesvorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB) ist neuer Vorsitzender der Deutschen Partei. Der bisherige Parteichef Johannes Freiherr von Campenhausen wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Im Februar dieses Jahres sorgte Kappel für Schlagzeilen, als er Grußworte bei einer Veranstaltung der Republikaner im baden-württembergischen Neckarsulm überbrachte. Der schleswig-holsteinische Landesverband der Deutschen Partei unter Führung von Thorsten Thomsen führt am 16. Oktober eine Vortragsveranstaltung mit dem deutsch-südafrikanischen Autor Claus Nordbruch durch. Der in mehreren Verfassungsschutzberichten erwähnte Nordbruch referiert zum Thema „Die Bundesrepublik Deutschland ein antifaschistischer Gesinnungsstaat. Anmerkungen zur praktizierten Meinungsfreiheit.“

■ **Berg/Starnberger See** – Franz Schönhuber, Ex-Bundesvorsitzender der Republikaner, wirft seinem Nachfolger Rolf Schlierer vor, „den großen Kredit, den wir lange Jahre bei der Bevölkerung hatten, durch feige Anpassung an etablierte Parteien und dümmliche innerparteiliche Grabenkämpfe verspielt“ zu haben. In der aktuellen Ausgabe der rechtsextremen Zweimonatszeitschrift „Opposition“ aus dem Hause Verlagsgesellschaft Berg erklärte Schönhuber in einem Interview: „Das Schiff ist kaum mehr zu retten.“

■ **Berlin** – Der Programmparteitag der Republikaner, der am 27./28. Oktober in Mainz stattfinden

sollte, wird verschoben. Dies vermeldet die aktuelle Ausgabe des Parteiorgans „Der Republikaner“. Der REP-Bundesvorstand will im September über das weitere Vorgehen beraten.

■ **Hann. Münden** – Bei den Kommunalwahlen am 9. September in Niedersachsen kandidiert für den Hann. Mündener Kreistag für die NPD Michael von Dolsperg. Bekannt ist der Neonazi, der nach der Heirat den Nachnamen seiner Frau annahm, unter seinem Geburtsnamen Michael See. Der 28-Jährige, ein „erklärter Antidemokrat“, wurde im Januar vom Landgericht in zweiter Instanz wegen Volksverhetzung zu drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Von Dolsperg, vormals FAP-Aktivist und Kader der „Aktion Sauberes Deutschland“ von Ernst Tag, ist in der Neonazi-Szene umstritten, da er vor Jahren der braunen Knastorganisation HNG eine „systemfreundliche Spaltertätigkeit“ vorgeworfen hatte. Leserbriefschreiber war von Dolsperg auch schon im „Focus“.

■ **Karlsruhe/Wissembourg** – Die rechtsextreme „Karlsruher Kameradschaft“ hat am letzten Juli-Weekend zum zweiten Mal den „Svastika-Fußball-Cup“ organisiert. Um Ärger mit der Polizei zu vermeiden, wurde das Turnier ins benachbarte Elsass verlegt. Wenige Kilometer hinter der französischen Grenze traten schließlich 18 Teams gegeneinander an. Gleich zwei Mannschaften stellte die Skinhead-Gang aus dem südpfälzischen Kandel. Weitere Teams bildeten Mitglieder der „Kameradschaft Jena“ und Musiker der Skinhead-Bands „Noie Werte“ und „Faustrecht“. Rund 150 Personen schauten bei dem rechten Gekicke zu, darunter auch der ehemalige Sektionschef von „Blood&Honour Baden“, Achim Pfeifer aus Ludwigshafen.

■ **Mainz** – In der August-Ausgabe der „Nachrichten“ der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) ist die aktuelle Liste der säumigen Mitglieder und Abonnenten veröffentlicht. Genannt werden: Rico Berger, Bernd Büttner, Jana Czerwinski, Daniel Cabrol, Jörg Dorn, Carsten Fandre, Tobias Görick, Manuela Hoffmann, Florian Hitze, Michael Janke, Siegfried Kalla, Philipp Kral, Markus Kraus, Markus Klose, Markus Linsig, Matthias Lang, Marco Matthias, Fabian Nitz, Andy Neelsen, Cindy Norman, Michael Neumann, Marco Oberle, Sven Puschner, Andre Reiher, Peter Röblein, Sebastian Reiche, Hartmut Rupp, Sebastian Seemann, Markus Sieder, Thomas Sachse, Sebastian Scherl, Mar-

tin Scheel, Michael Schönborn, Nadin Schulz, Siegfried Stade, Sebastian Streit, Fritz-Steve Ulrich, Thomas Wegener.

■ **Nürnberg** - Jura-Student Günter Deckert (61), Ex-NPD-Bundesvorsitzender und notorischer Holocaustleugner, will am 3. März 2002 für das Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters kandidieren. Ins Rennen geschickt wird er von der am 20. Juli dieses Jahres in Leinburg im Landkreis Nürnberg gegründeten NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nürnberg muss deutsch bleiben“ (Sprecher: Michael Geißler). Auf der Gründungsversammlung sollen NPD-Bezirkschef Ralf Ollert und Deckert aufgetreten sein. Vor zwei Monaten kandidierte Deckert, der bis zum Oktober 2000 unter anderem wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhass im Gefängnis einsaß, bei den Bürgermeisterwahlen in Bad Kösen (Sachsen-Anhalt).

■ **Nürnberg** - Bücher wie „Selbstschutztechniken“ („Messerattentate“ und „Attentate mit Autobomben“) sowie „Scharfschützen Schießtechnik“ („Scharfschützenerfahrungen im 2. Weltkrieg“) offeriert der Buchversand Kienesberger in der aktuellen Ausgabe der Zweimonatszeitschrift „Barett“ aus Düsseldorf, einem internationalen Militärmagazin, das auch im Kioskhandel bundesweit vertrieben wird. Der Österreicher Peter Kienesberger, einstiger Südtirol-Aktivist und Mitinitiator der zwischenzeitlich verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP), betreibt seit Jahren in Nürnberg mit seiner Frau Elke einen Verlag mit Versandbuchhandlung.

■ **Rostock** - Die CD „Ihre Ehre hieß Treue“ der Rostocker Skinband „Nordmacht“ wurde als jugendgefährdend eingestuft und indiziert. In den Liedertexten dieser CD wird der Nationalsozialismus und die Waffen-SS verherrlicht: „Unsere Vorbilder hatten eine schwarze Uniform – Um in ihrem Totenkopfheer mit zu marschieren war arisch sein die Norm – Zwei Siegesrunen an ihrem Kragen – Nach Nationalstolz brauchte man nicht zu fragen – Ihre Ehre hieß Treue“. Die 1996 gegründete Band „Nordmacht, die dem international operierenden Netzwerk von „Blood&Honour“ eng verbunden ist, trat in den letzten Jahren bei zahlreichen Skinkonzerten im In- und Ausland auf.

■ **Waren** - Doris Zutt, NPD-Bundesvorstandsmitglied, will aus Waren (Mecklenburg-Vorpommern) eine „nationale Hochburg“ machen. Zutt beab-

sichtigt, ihr Anwesen in Waren, bekannt durch den Devotionalienladen „Patriotentreff“, an die NPD zu verkaufen, die das Objekt als NPD-Schulungszentrum sowie als Kreis- und Landesgeschäftsstelle für Mecklenburg-Vorpommern einrichten will. Zutt selbst will sich ein neues Gebäude in der Nähe der City zulegen. Zu Hause ist Zutt im hessischen Ehringshausen bei Wetzlar. Auch dort betreibt sie, mitten im Ort gelegen, gemeinsam mit ihrem Mann Alfred, NPD-Landesvorstandsmitglied in Hessen, einen „Patriotentreff“. Erhältlich ist alles, wonach das rechts schlagende Herz begehrt: neben CDs von Skinbands wie „Faustrecht“, „Sturmwehr“ und „Triebtäter“ auch Bücher und Videos sowie das Parfüm „Nationalist“, der „Duft vom großen Reich“.

Ausland

■ **Großbritannien (Hastings)** - Mit dem vorzeitigen Ende der umstrittenen Plakataktion des Fördervereins für das Holocaustmahnmal wurde betont, dass die Aktion „mehr genutzt als geschadet“ habe. Ausgenutzt wird die Aktion aber auch von Rechtsextremisten. So wirbt die mittlerweile in England ansässige VHO (Vrij Historisch Onderzoek, (Freie Geschichtsforschung)) mit ihren „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ (VffG), die von dem Revisionisten Germar Rudolf herausgegeben werden, mit einem nahezu identischen Motiv für ihre holocaustleugnenden Inhalte. Die VHO, der auch nach offizieller Lesart „eine zentrale Bedeutung“ im Revisionismus zukommt, bietet mit einem nur leicht veränderten Motiv „Wir haben uns bei dem Motiv strickt an das Vorbild von Lea Roshs Werbung für das Berliner Holocaust-Denkmal gehalten“ und dem Satz „Den Holocaust hat es nie gegeben“ unter anderem T-Shirts, Aufkleber und „Visitenkarte“ als Streumaterial an.

■ **Italien (Rom)** - Der Wechsel der Regierung in Italien zu einer Mitte-Rechts-Koalition unter dem Großunternehmer Silvio Berlusconi hat der postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN) zwar eine Beteiligung an der Macht, aber auch zugleich einen Rückgang des Zuspruchs und heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen beschert. Zu einer strategischen Konferenz „Die Rechte in der Regierung des Kurswechsels“ traf sich deshalb am 28./29. Juli der angeblich linke Parteiflügel um die AN-nahe Gewerkschaft und die Hochglanzzeitschrift „Area“. Hauptreferenten waren Francesco Storace und Parteivorstandsmitglied Gianni Alemanno. Letzterer gilt als Kopf der in der AN ver-

bliebenen Anhänger des Neofaschisten und früheren MSI-Vorsitzenden Pino Rauti

■ **Italien (Varese)** - Vom 27. bis 31. Juli fand in Gropello di Gavi die Sommeruniversität der italienischen Sektion des neurechten Netzwerkes Europäische Synergien statt. Im vergangenen Jahr hatte am gleichen Ort die Sommeruni des Gesamtverbandes stattgefunden. Interne Streitigkeiten verhinderten eine Wiederholung dieses Zusammenwirkens. Als Vertreter des „bewaffneten Wortes“ referierten unter anderem der Psychologieprofessor Adolfo Morganti, der Esoterikspezialist Prof. Francesco Ingravalle, der verurteilte Terrorist Maurizio Murelli und der ehemalige Aktivist der terroristischen Organisation Terza Posizione, Gabriele Adinolfi, der seit 1980 im Exil gelebt hatte. Neben dem Zusammenwirken von nationalrevolutionären Terroristen und langjährigen prominenten Aktivisten der Neuen Rechten ist besonders die neuerliche Mitwirkung von Bands des Darkwave-Spektrums wie der „Camerata Mediolanense“ hervorzuheben.

■ **Österreich (Klagenfurt)** - Im Flughafenrestaurant Klagenfurt findet am 1. September der „3. Europäische Währungsreformkongress“ statt. Veranstalter sind der „Bürgerschutz Österreich“ und der „Arbeitskreis Ergokratie“. Kopf von „Ergokratie“ ist Albert Lämmel aus Rastatt, Baden-Württemberg, dessen „Lösung der Geldverteilungsfrage“ Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge „auf den nationalsozialistischen Ideologen Gottfried Feder zurückgreift und damit eine Nähe zu nationalsozialistischen Positionen aufzeigt.“ Lämmel ist seit Jahren in NPD-Zusammenhängen aktiv. Im März dieses Jahres beschwerte er sich beim baden-württembergischen Innenminister Thomas Schäuble (CDU) über die „allzu servile Haltung der CDU gegenüber den Interessen der Siegermächte“ und solidarisierte sich mit dem von der Justiz bedrängten Neonazi-Liedermacher Frank Rennie. Kopf der Gruppe „Bürgerschutz Österreich“ ist der Ex-FPÖ-Funktionär Peter Kurt Weiss. Geworben wird für die Veranstaltung unter anderem in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ und in der österreichischen Monatszeitschrift „Eckartbote“.

■ **Österreich (Salzburg)** - Das österreichische HNG-Mitglied Nora Gruber aus Salzburg wurde vom Landesgericht Salzburg zu einer 18-monatigen Haftstrafe (davon 12 Monate auf Bewährung) wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt. Die 25-jährige Nora Gruber, die auch im

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 17-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Internet-Gästebuch der pazifistischen Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) „undercover“ zugange war, zählt zur „Volkstreuen Opposition“ um den Salzburger Neonazikader Günther Reinthaler.

■ **Schweiz (Lausanne)** - In ihrem elektronisch verbreiteten und englischsprachigen Newsletter Nr. 8 von Ende Juli bezeichnet „Blood and Honour Romandie“ den Oklahoma-Bombenattentäter Timothy McVeigh als „einen unserer größten Krieger, der uns von ZOG weggenommen worden ist“. Er könne sicher sein, dass „seine Heldentat für Rasse und Nation“ niemals vergessen werde.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.